



Initiative für Transparenz und Demokratie

Michael Grosse-Brömer, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, den 10.03.2016

Ihr Schreiben vom 28.01.2016

Sehr geehrter Herr Grosse-Brömer,

vielen Dank für Ihre Antwort auf unsere Gesprächsanfrage vom 12. Januar.

Wir bedauern es, dass Sie einem Gespräch mit uns ablehnend gegenüber stehen. Ihre Haltung zu einem verbindlichen Lobbyregister ist uns durchaus bekannt. Gleichwohl wären wir an einem gegenseitigen Austausch von Argumenten und Perspektiven interessiert. Transparenz bei der politischen Interessenvertretung ist sehr vielen Menschen in diesem Land ein wichtiges Anliegen – das zeigt nicht zuletzt die große Zahl an Unterschriften unter unserem Appell.

Dass ein weiterer Austausch zu diesem Thema sinnvoll wäre, zeigen uns die von Ihnen schriftlich vorgetragene Argumente.

Erstens verweisen Sie auf die bereits existierende Transparenz beim Gesetzgebungsprozess im Bundestag sowie auf die vom Bundestagspräsidenten seit 1972 geführte sogenannte Verbändeliste.

Diese Aspekte blenden wir nicht aus, sondern beziehen Sie in unsere Überlegungen mit ein. Bei einem Lobbyregister geht es zuallererst darum, Interessenvertretungsstrukturen sichtbar zu machen: Wer vertritt in wessen Auftrag welches Interesse gegenüber Parlament und Regierung? Dies kann weder das parlamentarische Verfahren noch die Verbändeliste leisten. Lobbyarbeit zielt oft auf Ministerien, wo der Gesetzgebungsprozess meist ihren Ausgang nimmt und sie wird nicht nur von Verbänden, sondern auch von Einzelunternehmen, Auftragslobbyisten und zum Teil auch Rechtsanwaltskanzleien betrieben. Diese Akteure können sich in die Verbändeliste gar nicht eintragen.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Akteurslandschaft erscheint es uns geboten, sichtbar zu machen, wer hinter welchen Interessen steht und welche Ziele bei der Interessenvertretung verfolgt werden. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, mehr darüber zu erfahren, wer an politischen

Entscheidungen mitwirkt oder mitwirken möchte. Auch die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) sprach sich übrigens in ihrem letzten Bericht zu Deutschland dafür aus, „die Transparenz des parlamentarischen Verfahrens weiter zu verbessern“ und bezeichnete die Verbändeliste als „nicht mehr im vollen Umfang der heutigen Realität der Lobbyarbeit“ entsprechend.

Neben dem auf Verbände beschränkten Geltungsbereich der Verbändeliste ist darüber hinaus die Eintragung auch für Verbände freiwillig. Vor diesem Hintergrund überzeugt uns Ihre Aussage nicht, bereits heute könne sich „jeder Interessierte einen Überblick darüber verschaffen, welche Interessengruppen Zugang zum Deutschen Bundestag haben“. Weder wird sichtbar, in wessen Auftrag Agenturen arbeiten, noch welche Unternehmen Lobbyarbeit betreiben, noch wer wen finanziert.

Zweitens halten Sie uns vor, wir würden „gläserne Abgeordnete“ anstreben und die Mandatsfreiheit einschränken wollen. Dabei fordern wir weder im Appell noch in sonstigen Äußerungen, dass Parlamentarier „jeden Gesprächstermin, jedes Telefonat, jeden Kontakt, jeden Besuch einer Veranstaltung“ veröffentlichen sollen. Wie Sie betonen, braucht es Transparenz dort, wo sie sinnvoll ist. Transparenz über Interessenvertreterstrukturen erscheint uns sinnvoll, ebenso wie vielen professionellen Interessenvertretern selbst. Das ist etwas gänzlich anderes, als die verpflichtende Publikation jeden Lobbykontakts. Gerne würden wir Ihnen genauer erläutern, wo wir Grenzen von Transparenz sehen und an welchen Stellen der Gesetzgebungsprozess dennoch in dieser Hinsicht verbessert werden kann und sollte.

Drittens möchten wir betonen, dass ein verbindliches Lobbyregister keinesfalls den Kontakt zwischen Bürger/innen und Mitgliedern des Bundestags erschweren oder bürokratisieren würde. Ein Lobbyregister verhindert politische Interessenvertretung nicht, aber es würde verbindliche Regeln für alle Akteure schaffen, ob Verband, Unternehmen, Nichtregierungsorganisation, Agentur oder Kanzlei.

In diesem Sinne möchten wir betonen, dass wir weiterhin an einem konstruktiven Austausch mit Ihnen interessiert sind. Wir würden es auch im Namen von mehr als 230.000 Unterzeichner/innen unseres Appells begrüßen, wenn Sie Ihre Haltung in dieser Frage überdenken würden und einen Gesprächstermin sowie ergänzend dazu die Annahme der Unterschriften einrichten könnten.

Eine Kopie dieses Schreibens übersenden wir an den Vorsitzenden Ihrer Fraktion, Herrn Volker Kauder.

Mit freundlichen Grüßen



Imke Dierßen, LobbyControl
Politische Geschäftsführerin



Dr. Felix Kolb, Campact
Geschäftsführender Vorstand